

Schattenbanken: Die Gefahr bändigen

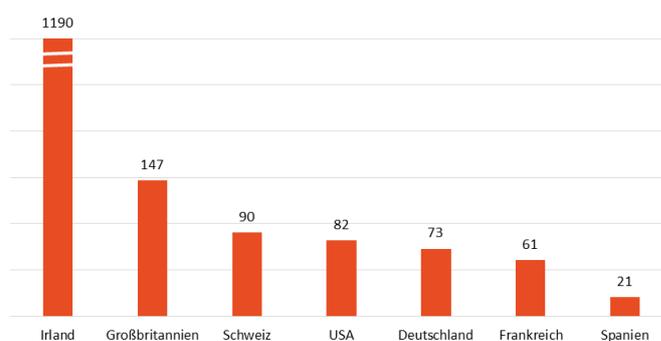
Händler verschieben Millionenbeträge und die Aufsichtsbehörden bekommen hiervon nichts mit – was viele an das böse Vorspiel zur globalen Finanzkrise erinnert, ist leider immer noch Realität. Das Problem heißt: Schattenbanken. Diese Einrichtungen übernehmen bankenähnliche Aufgaben, sind aber nicht als Kreditinstitute registriert und stehen damit auch nicht unter der Aufsicht der Kontrollbehörden. Beispiele hierfür sind Hedge- und Private-Equity-Fonds.

Reguläre Geschäftsbanken müssen Eigenkapitalvorschriften einhalten und finanzielle Risikopuffer zurücklegen. Dies ist notwendig, um Pleiten und Finanzkrisen vorzubeugen. Anders bei den Schattenbanken: Sie haben freies Spiel beim Spekulieren und Zocken. Anleger und Manager können somit im Dunkeln agieren und die nach der Finanzkrise ergriffenen Regulierungen umgehen. Zugleich sind Schattenbanken jedoch eng verbunden mit dem regulären Finanzsektor. Kommt es zu Panikreaktionen und ziehen Anleger ihr Geld zurück, führt dies zu großen Risiken auch für reguläre Banken und im weiteren Verlauf für das globale Finanzsystem. Beängstigend ist dabei insbesondere die Größe des dunklen Sektors. Das Financial Stability Board, ein Zusammenschluss von Vertretern der Notenbanken, Regierungen und weiterer politischer Institutionen, hat für seinen „Globalen Schattenbankenbericht“ 26 Staaten untersucht. Das Ergebnis: Die Werte sind erschreckend hoch. Im Schnitt liegt die Größe dieses unbeaufsichtigten Finanzbereichs bei 59 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Unter den Ländern variieren die Werte jedoch erheblich (siehe Grafik). Während sich Deutschland mit 73 % bereits deutlich über dem Schnitt befindet, liegen die Zahlen für Großbritannien bei 147 % und für Irland bei unglaublichen 1190 %.

Aufgrund dieser Lage und den damit verbundenen Risiken ist staatliche Regulierung dringend notwendig. Gefragt ist insbesondere die europäische Ebene, um das Problem länderübergreifend anzugehen. Doch der Gesetzgebungsprozess in Brüssel stockt. Die notwendigen Reformen bleiben bis auf Weiteres auf der Strecke. Tatsächlich scheinen sogar weitere Deregulierungen vorangetrieben zu werden. Die Europäische Kommission plant eine „Kapitalmarktunion“: Unternehmen sollen dann vermehrt Finanzierungsquellen außerhalb des Bankenbereichs in Anspruch nehmen. Die Schattenbanken werden somit von der EU noch gefördert, zum Leidwesen der Allgemeinheit.

Dabei ist längst klar: Es darf keine Lücken in der Regulierung des Finanzmarktes geben. Notwendig ist eine zentrale Behörde für alle Finanzakteure. Hedge- und Private-Equity-Fonds sowie alle weiteren Finanzdienstleister müssen beaufsichtigt und reguliert werden. Zudem darf es keine Ausnahmen von den Eigenkapitalanforderungen geben. Sicherheits- und Transparenzregeln haben für alle zu gelten! Nur so kann eine nächste Finanzkrise verhindert werden.

Größe des Schattenbankensektors in % des BIP



Quelle: Financial Stability Board